

Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2020

Rede des UCW-Fraktionsvorsitzenden Karl R. Fölting (StVV 30.01.2020)

Als Fraktionsvorsitzender, der als letzter zu Wort kommt, möchte ich mich kürzer fassen als meine Vorredner und Ihr Augenmerk auf wesentliche Dinge konzentrieren, die noch nicht von allen Vorrednern vorgetragen wurden:

Die Verwaltung plant für das Jahr 2020 wieder mit einem positiven Ergebnis. Die Jahre 2016 bis 2018 haben nach den endgültigen Zahlen insgesamt Gewinne von 2,6 Mio € ergeben. Wir sehen also, dass bei entsprechendem politischen Willen und bei einer stringent handelnden Verwaltung eine positive Haushaltsführung möglich ist nicht zuletzt um aus zwangsweisen Haushaltssicherungsmaßnahmen auszuschneiden, was ja rückwirkend zum 31.12.2016 geschehen ist.

Die vorangegangenen Haushaltsrechnungen 2013 bis 2015 hatten leider insgesamt Verluste von 5,7 Mio € ergeben, auch beeinflusst durch die damals noch vorhandene Mehrheit der CDU-Fraktion im Stadtrat, was sachbezogene Auseinandersetzungen und Berücksichtigung von Gegenargumenten anderer Fraktionen nicht zuließ; hierunter hatten gerade wir von der UCW zu „leiden“. Die früher bei namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der UCW durchgesetzten Zocker-Swap-Geschäfte führten ja zu einem Verlust von 3,5 Mio €, die den Haushalt heute noch teilweise belasten.

Die Finanzsituation der Stadt ist weiterhin prekär auch im Hinblick auf die Höhe der Schulden, die ausweislich des letzten vorliegenden Jahresabschlusses 31.12.2018 effektiv 32,7 Mio € betragen.

Es bleibt also allerhöchste Priorität, freiwillige Leistungen nicht aufzustocken. Zu Letzterem haben ja dankenswerterweise bisher größtenteils einmütige Verständigungen fraktionsübergreifend geführt.

Im neuen Haushalt sind keine Erhöhungen für Steuerhebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer vorgesehen. Die Gewerbesteuereinnahmen für 2020 sind von der Verwaltung bereits mit 350.000 € weniger geplant im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen und konjunkturellen Unsicherheiten für die gewerblichen Betriebe.

Die im Haushalt vorgesehenen Planungskosten für Sanierung des Rathauses, Sanierung der Sekundarschule und Sporthalle Herrnscheid, für die Erweiterung der Grundschule und für die Erneuerung der Wohnanlage für Migranten von insgesamt 565.000 € zeigen, dass hier auf die Stadt gewaltige Investitionskosten zukommen können bzw. werden. Die hieraus später möglicherweise entstehenden Investitionskosten dürften die finanziellen Möglichkeiten der Stadt bis an die Grenze des Vertretbaren bringen!

Die Stadt ist mit 34,46% an der Realschule in Olpe beteiligt, die jetzt ja abgerissen werden soll. Nach Abschluss der vertraglichen Übereinkünfte mit der Stadt Olpe für die anteilig von der Stadt Drolshagen zu übernehmenden Abrisskosten hat sich ergeben, dass diese nunmehr mit einem Aufwand von 2,0 Mio € neu bewertet wurden, was eine zusätzliche Kostentragung durch die Stadt Drolshagen von rund 690.000 € bedeutet. Neue Schadstoffuntersuchungen

sollen PBC-haltige Baustoffe, Asbest, Dämmstoffe aus krebserzeugender Mineralwolle usw. ergeben haben; wieso diese Zusatzkosten nicht früher von der Stadt Olpe mitgeteilt wurden möchte ich hier nicht kommentieren.

Die Kreisumlage steigt weiter auf 8,5 Mio €. Hier sind Konsolidierungsmaßnahmen kaum ersichtlich. Die Bürgermeister des Kreises hatten im Vorjahr eine kritische Stellungnahme abgegeben und bestimmte Einwendungen erhoben, wofür sie von allen im Kreistag vertretenen Parteien (deren Mitglieder ja auch jeweils überwiegend Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen sind) stark kritisiert wurden. Irgendeine Verantwortung für die Finanzen des Kreises wollten die Kreistagsmitglieder nicht übernehmen, da die Verantwortung beim Landrat liege. Nach dieser Logik könnte man auf den Gedanken kommen, den Kreistag aufzulösen, um wenigstens dort umzulegende Kosten einzusparen. Wer einem Haushalt zustimmt ohne dafür die Verantwortung übernehmen zu wollen, disqualifiziert sich.

Die kommunale Ausweisung von Windkraftgebieten entwickelt sich zum Chaos. Es wird zu Prozessen ohne Ende kommen, wobei wir für die Stadt Drolshagen noch nicht abschätzen können wozu das führt. Die absehbaren Auseinandersetzungen allein innerhalb der Bevölkerung werden uns noch viel Kummer bereiten.

In einigen Kommunen wird inzwischen der sogenannte „Klimanotstand“ ausgerufen. Da die Bundesrepublik nur 2% bis 3% zum weltweiten CO₂-Ausstoß beiträgt, wird man wohl Zweifel hegen dürfen, ob wir allein die Welt retten können. Wollen die Notstandsbeifürworter letztlich Vorhaben verwirklichen, die offenbar auf demokratische Weise nicht durchsetzbar sind? Das Spiel (nicht nur) im Hambacher Forst mit einem grünen Recht auf Widerstand ist ebenso bezeichnend wie gefährlich. Drolshagen ist doch sicher nicht der Nabel der Welt, dass wir uns hier mit Notstandsapellen aufhalten sollten.

Abschließend möchte ich noch an ein Zitat von Cicero (55 v.Chr.) erinnern auch im Hinblick auf die offensichtlich sogar von der Bundesregierung geduldeten Vorhaben der Europäischen Zentralbank, eine Vermögensumschichtung zu Lasten der deutschen Steuerzahler und zu Gunsten der europäischen Südländer voranzutreiben (keine Guthabenzinsen mehr, Vergemeinschaftung der Bankschulden und überwiegende Übernahme der Arbeitslosenunterstützung der Südländer):

Cicero sagte:

„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein,
die öffentlichen Schulden müssen verringert,
die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden.
Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden,
wenn der Staat nicht bankrott gehen soll.“

Diese Erkenntnis gilt heute unverändert!

Jetzt bleibt mir nur noch, mich im Namen der UCW bei Bürgermeister, Kämmerer und den übrigen Verwaltungsmitarbeitern zu bedanken für die zur Zeit zielführenden Handlungsweisen und die Erarbeitung des komplexen Haushaltes.

Die UCW wird dem Haushalt 2020 zustimmen.